

Bezirkslehrerausschuss in Tempelhof – Schöneberg



Brandbrief

Sehr geehrte Frau Scheeres,

wir, die Beschäftigten im öffentlichen Schuldienst des Bezirks Tempelhof- Schöneberg, protestieren gegen den aktuellen Zustand räumlicher, baulicher, personeller und struktureller Art unserer Schulen. Die Arbeitsbedingungen sind unzumutbar und gesundheitsgefährdend. Es reicht uns!

Wir lieben unseren Beruf als Erzieherinnen und Erzieher, Schulhelferinnen und Schulhelfer, Lehrerinnen und Lehrer und aller anderen Professionen, sehen jedoch zunehmend, dass wir trotz aller Bemühungen, unserem Erziehungs- und Bildungsauftrag aufgrund von Missständen räumlicher, baulicher, personeller und struktureller Art nicht mehr in vollem Maße nachkommen können.

Wann gedenkt die Berliner Landespolitik, ihrer Verantwortung- in gleicher Weise, wie es ihre Beschäftigten Tag für Tag trotz der Missstände tun- gerecht zu werden, indem sie die entsprechenden Rahmenbedingungen schafft, um die aktuelle und zukünftige Schülergeneration gemäß §67 Absatz 2 des Berliner Schulgesetzes zu beschulen? Aufgrund der Fehlplanungen und der Fehlentscheidungen der letzten Jahrzehnte muss es in den nächsten 10-20 Jahren darum gehen, den Fortbestand des öffentlichen Schulwesens in Berlin zu retten. Es besteht daher die Notwendigkeit, dass langfristige, zielgerichtete und effiziente Pläne für diese Zeit entwickelt und vor allem umgesetzt werden. Im Folgenden möchten wir auf jeden der genannten Punkte eingehen:

1. Räumliche und bauliche Missstände:

- Manche Schulen verfügen nicht einmal über die notwendige Ausstattung. Selbstverständlichkeiten wie funktionierende Toiletten, Feueralarmanlagen und in ausreichender Anzahl vorhandene sowie in der Heizperiode auf 20°C aufheizbare Klassenräume sind nicht an allen Schulen unseres Bezirks gegeben. Wie sollen Mitarbeiter der Schulen unter diesen Bedingungen ihren Auftrag erfüllen, die persönliche Entwicklung, das eigenständige Lernen und das eigenverantwortliche Handeln der uns anvertrauten Schülerinnen und Schüler zu fördern (vgl. §67 Absatz 2 des Berliner Schulgesetzes)?
- An allen Schulen sind der Lärmschutz sowie die Belüftung unzureichend, teilweise herrscht eine unzulässige Schadstoffbelastung, dies gefährdet die Gesundheit der Lehrenden und Lernenden.
- Allgemein besteht ein erheblicher Sanierungsstau.
- Dort, wo saniert wird, herrscht oft Baulärm während der Unterrichtszeit, teilweise über Jahre hinweg.
- Es gibt zum Teil veraltete, schmutzige, stinkende Rohre und kein Trinkwasser.
- Es fehlen Räume, z.B. Fachräume und Räume für Elterngespräche sowie Teilungsräume. Zum Teil muss Unterricht auf den Fluren stattfinden.
- Es mangelt an technischer Ausstattung, denn es gibt an vielen Schulen eine unzureichende Anzahl von Computern für die Mitarbeiter der Schule (geschweige denn für die Klassen) und Kopierer, die dauerhaft oder häufig nicht funktionieren.
- Die Schulen verfügen über Sporthallen, die entweder zu klein sind und/oder eine Sanierung benötigen und in denen deshalb kein adäquater Sportunterricht erteilt werden kann.
- Die bei den Sicherheitsbegehungen festgestellten Mängel, für die nicht die Schule zuständig ist, werden häufig nicht behoben.

2. Personelle Missstände:

Die Ursache für die personelle Unterbesetzung ist das Resultat vorsätzlich herbeigeführter verfehlter Personalplanung in der Senatsverwaltung in den vergangenen 20 Jahren. Die Wurzel dieses Problems ist die Verknappung der Ausbildungskapazitäten an den Berliner Universitäten sowie die "Schaffung" zu weniger Planstellen in den 2000er Jahren, als die Warnungen vor der aktuellen und noch einige Jahre anhaltenden Pensionierungswelle bereits vorlagen. Viele Referendare, die erfolgreich ihren Vorbereitungsdienst im Land Berlin absolvierten, wanderten in jenen Jahren in andere Bundesländer ab. Die verfehlte Personalpolitik dieser Zeit ist DER Kardinalfehler schlechthin, der begangen wurde. Aktuell herrscht deutschlandweiter Personalmangel im öffentlichen Schulwesen, doch im Land Berlin ist dieser aufgrund der Fehlentscheidungen der letzten 20 Jahre am größten. Warum leben und arbeiten viele ehemalige Berliner, die gerne in ihrer Heimatstadt in den Schuldienst eingetreten wären, nun in anderen Bundesländern? Die Bundeshauptstadt Berlin ist eine für jede Altersklasse attraktive Metropole zum Leben und Arbeiten. Warum gelingt es ihr, *nicht* ausreichend Personal zu haben?

Eine Attraktivitätssteigerung ist dringend erforderlich, um den Fachkräftemangel zu beheben. Circa 1000 Lehrkräfte verlassen die Berliner Schule jährlich. Es gibt eine hohe Fehlquote und viele Langzeiterkrankte. Als wäre dies nicht schon genug, werden nun noch weitere, zu einem Teil für die pädagogische Arbeit ineffiziente und nicht zielführende Aufgaben in die Schulen gedrückt. Als Veranschaulichung sollen folgende Punkte dienen:

- Die Schulleitungen versinken in Verwaltungsarbeit und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und haben kaum Zeit, die Schule zu führen, Elternarbeit zu betreiben, mit außerschulischen Institutionen zu kooperieren, Unterrichts- und Schulentwicklung voranzutreiben und in Krisensituationen angemessen und umsichtig zu reagieren.
- Klassenleitungen haben ebenfalls eine enorme Arbeitsbelastung und können sich aufgrund der Vielzahl an unnötiger Schreiarbeit nicht in ausreichendem Maße um die pädagogischen Belange kümmern.
- Es gibt eine erhebliche Zunahme an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.
- Alle Lehrkräfte, die Koordinationsaufgaben und Teile der Schulorganisation (Vertrauenslehrer, FK-Leitung) dankenswerterweise übernehmen, würden eigentlich eine Ermäßigungsstunde oder anderweitige Anerkennung für ihre verantwortungsvolle und umfangreiche Aufgabe verdienen. Stattdessen werden zusätzliche Aufgaben wie die Erarbeitung schulinterner Curricula in die Schule gedrückt.
- Die Einarbeitung der Quer- und Seiteneinsteiger*innen, die im überwiegenden Teil eine Bereicherung sind, belastet die etablierten und erfahrenen Lehrkräfte. Eine Vermittlung der Grundkompetenzen wäre die Aufgabe des Senates und würde die Schulen und die Mitarbeiter zusätzlich entlasten.

3. Strukturelle Missstände:

Die Klassen sind viel zu groß. Zu groß für gute Lernerfolge, zu groß für die Lärmbelastung und auch bezogen auf die Richtlinien für den Brandschutz. So gibt es nicht selten verstellte Fluchtwege. Die Gruppengrößen sind immer wieder schleichend erhöht worden. Durch die Überlastung herrscht in vielen Kollegien ein gereiztes Klima. Die Beschäftigten fühlen sich überfordert, sind genervt und resignieren. Das größte von Senatsseite in Kauf genommene strukturelle Problem ist die Umsetzung von Integration und Inklusion, die derzeit nur an Schulen funktioniert, die bereits seit Jahrzehnten ein entsprechendes Profil und adäquate Strukturen haben, weil sie lange vor der flächendeckenden Umsetzung der Inklusion Vorreiter in diesem Bereich waren. Und diese Schulen funktionieren inzwischen durch die Politik bestenfalls auch nur noch durchschnittlich.

Zu den größten Problemen bei der Umsetzung der Inklusion gehören die folgenden Punkte:

- Es gibt viel zu wenige Sonderpädagogen. Dies gilt insbesondere für Spezialisten des sonderpädagogischen Förderbedarfes "emotionale- soziale Entwicklung".
- Es ist nicht unüblich, dass ein Drittel der Kinder in einer Grundschulklasse verhaltensauffällig ist. Dieser Umstand liegt nicht in der Verantwortung des Senates, da die Verhaltensauffälligkeit aus dem Wandel der Kindheit, veränderten Strukturen in den Familien und dem allgemeinen Gesellschaftswandel resultiert. Es liegt aber sehr wohl in der Verantwortung des Senates, an dieser Stelle entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, um die Beschulbarkeit einer ganzen Schülergeneration zu gewährleisten. Dies würde eine adäquate räumliche und personelle Ausstattung voraussetzen (siehe oben).
- . Lehrkräfte, die eine entsprechende Ausbildung nachholen möchten, werden u.a. durch verwaltungstechnische Probleme an einer zeitnahen Durchführung bzw. bei erfolgreichem Absolvieren an einer schnellen Anerkennung von Qualifizierungen ge- und behindert.
- Die Klassenfrequenz wird der Anzahl der Kinder mit sonderpädagogischen Förderbedarf nicht angepasst, da diese ohne Status in die Schule kommen.
- Unter der unzureichenden personellen und räumlichen Ausstattung, die der Umsetzung der Inklusion nicht gerecht wird, leiden auch die leistungsstärkeren Schülerinnen und Schüler.

Wir fordern daher für die Beschäftigten im öffentlichen Schuldienst und für die Schüler*innen:

- Eine auf Nachhaltigkeit setzende und vorausschauende Personalpolitik!
- Abschaffen der Präsenztage!
- Verringern der Arbeitsbelastung!
- Wegfall unnötiger Aufgaben!
- 110 % Personalausstattung!
- Verringerung der Klassen- / Gruppengrößen!
- Endlich effektiver Lärmschutz im Schulgebäude!
- Moderne technische Ausstattung mit Unterstützungspersonal!
- Umsetzung der baulichen Maßnahmen ohne Zeitverzögerung!

Wir erwarten eine Beantwortung durch die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie und eine Umsetzung der Forderungen in der Praxis.

Mit freundlichen Grüßen

Die Mitglieder des Bezirkslehrrausschusses Tempelhof- Schöneberg

Berlin, im Februar 2019